

# Steigende Mieten Stoppen!

**Steigende Mieten Stoppen!**

Bethanien-Südflügel

Mariannenplatz 2

10997 Berlin-Kreuzberg

Tel: 030221628181

Email: mietenstopp@gmx.de

Berlin, 22.04.2009

## Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Freunde,

in der Mieterstadt Berlin wird bezahlbarer Wohnraum knapp. Ob in Friedrichshain oder Mitte, Neukölln, Kreuzberg oder Prenzlauer Berg – für Niedrigverdiener\_innen wird es immer schwerer noch einen Platz zu finden. Immer mehr Kieze werden „gentrifiziert“ und einkommensschwache Bewohner\_innen durch nicht mehr bezahlbare Mietsteigerungen verdrängt.

Die Politik der letzten Jahre hat das Problem durch Deregulierung und Privatisierung verschärft und die rot-rote Koalition tut so, als gäbe es diese Probleme nicht. Diese Verdrängung ist aber kein Naturgesetz, sie kann und muss gestoppt werden.

Wir wollen diese Entwicklung nicht länger hinnehmen. Die Mietenstopp-Demo von letztem November hat gezeigt, dass immer mehr Menschen in Berlin die gegenwärtigen Zustände als Skandal empfinden und bereit sind, sich zu wehren. Im Nachgang der Demo haben wir ein „Mietenstopp-Bündnis“ gegründet, in dem wir gemeinsam eine Strategie gegen Mietsteigerungen und unsoziale Wohnungspolitik entwickeln. Seit Februar treffen wir uns alle zwei Wochen im Bethanien.

Wir wollen den Kampf für bezahlbaren Wohnraum auf eine breitere Basis stellen. Aus diesem Grund wenden wir uns an Dich, weil wir wissen, dass Du dich in den letzten Jahren an dem einen oder anderen Ort für eine mieterfreundliche Stadtentwicklung engagiert hast. Wir wollen mit Dir und vielen anderen in Austausch darüber kommen was wir gemeinsam gegen die Verdrängung tun können, und beraten, was zentrale Forderungen einer Mietenstopp-Kampagne sein könnten und welche Strategie am erfolgversprechendsten scheint. Wir wollen Deine Meinung zu unseren Vorschlägen hören und sehen, was Du von uns erwartest und selbst einbringen kannst.

Aus diesem Grund laden wir Dich zum Auftakttreffen für die Kampagne **Steigende Mieten Stoppen!** ein. Es findet statt am

Freitag, dem 15.05.2009 um 18.30 Uhr im Statthaus Böcklerpark

Prinzenstr.1

10969 Berlin-Kreuzberg

U-Bahn Prinzenstraße

[www.statthaus-boecklerpark.de](http://www.statthaus-boecklerpark.de)

Die Einladung ergeht persönlich wir würden uns aber freuen, wenn Du Mitstreiter\_innen mitbringst. Beiliegend schicken wir den Entwurf für ein Forderungspapier, so wie es aus unseren Diskussionen hervor gegangen ist. Falls Ihr zu dem Entwurf Anregungen, Anmerkungen oder Kritiken habt, wäre es schön, wenn Ihr uns diese bis Montag, 04.05.2009 schicken könnt. Wir würden Eure Hinweise dann sammeln und für das Treffen aufbereiten.

Wir freuen uns auf Dein Kommen!

# Steigende Mieten Stoppen!



## Steigende Mieten Stoppen!

Seit Jahren steigen in großen Teilen der Berliner Innenstadt die Mieten rasant. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Ungleichheit zu: es gibt immer mehr Armut. Diese Entwicklung führt nicht nur dazu, dass die Menschen einen immer größeren Teil ihrer Einkommen für Miete und Mietnebenkosten ausgeben müssen, sondern bedeutet auch die konkrete Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen.

Dies ist aber kein Naturgesetz. Eine andere Berliner Wohnungspolitik ist nicht nur möglich, sondern im Interesse der Berliner Mieter\_innen auch nötig. Das Recht auf angemessenen Wohnraum darf nicht vom Einkommen, Geschlecht oder nationaler Herkunft abhängig sein.

## Wir fordern:

### 1. Änderung des Mietrechts

Die Regelungen über die Miethöhe im bundesdeutschen Mietrecht müssen grundlegend verändert werden. Bei Neuvermietungen ist die maximale Miethöhe auf den Mittelwert des Mietspiegels zu begrenzen. Bei bestehenden Mietverträgen dürfen Mieterhöhungen nicht über der Inflationsrate liegen. Die Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete ist zu streichen.

### 2. Keine Zwangsumzüge für Hartz IV- Bezieher\_innen

Es ist ausreichend Wohnraum für Hartz IV-Bezieher\_innen in allen Bezirken bereit zu stellen. Die bisherige „Ausführungsbestimmung zum Wohnen (AV Wohnen)“ ist abzuschaffen und so zu gestalten, dass Hartz IV-Bezieher\_innen nicht aus ihren Wohnungen ausziehen müssen.

### 3. Ausstieg aus der profitorientierten Wohnungspolitik

Der Ausstieg aus der profitorientierten Wohnungspolitik muss organisiert werden. Voraussetzung dafür ist die Schaffung eines kommunalen Wohnungsbestandes, der in allen Berliner Bezirken im ausreichenden Maße angemessenen und preiswerten Wohnraum für Geringverdiener\_innen zur Verfügung stellt. Für diese Aufgabe müssen geeignete Organisationsformen geschaffen und Finanzmittel bereit gestellt werden.

### 4. Eigentumswohnungen und Zweckentfremdung

Eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird nicht mehr gestattet. Das Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum wird wieder eingeführt.

### 5. Beratungsangebote für Mieter\_innen

Viele Mieter\_innen können sich in Rechtsstreitigkeiten um Miethöhe und Instandsetzungsprobleme oft nur schwer gegen ihre Vermieter\_innen durchsetzen. Um erkämpfte Rechte auch tatsächlich wirksam werden zu lassen, brauchen Mieter\_innen deshalb Unterstützung. In allen Stadtteilen sollen deshalb öffentlich finanzierte, kontinuierlich und niedrigschwellig arbeitende Beratungsangebote für Mieter\_innen geschaffen bzw. ausgebaut und verstetigt werden.

# Steigende Mieten Stoppen!

## 6. Breite Bürgerbeteiligung

Die Bebauung von Brachen, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden oder von öffentlichem Interesse sind, ist nur durch eine breite Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zulässig. Die Planungen sind transparent zu machen. Dies gilt insbesondere für das Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof.

## 7. Für ein Recht auf Besetzung und vielfältige Formen des Wohnens

Längerer Wohnungsleerstand ist nicht hinzunehmen. Das Besetzen von Wohnungen oder Häusern, die ohne Grund oder lediglich zur Spekulationszwecken länger als ein Jahr leer stehen, muss legalisiert werden. Um eine für alle lebenswerte Stadt mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern, müssen auch vielfältige Formen des Zusammenlebens unterstützt und gefördert werden.

Diese Forderungen stehen noch konträr zur derzeitigen Berliner Wohnungspolitik, die eigentlich keine ist. Aber die Zeiten, in denen jede Forderung mit dem Argument der Finanzknappheit abgetan werden konnte, sind vorbei. Hohe und steigende Mieten sind Ausdruck einer Politik, die sich nicht an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert. Um diese Politik zu verändern, haben wir uns im Berliner Mietenbündnis zusammengeschlossen. Dabei können wir in der Mieterstadt Berlin an eine lange Tradition unterschiedlichster Mieter\_innenkämpfe anknüpfen: Runde Tische, Demonstrationen, Formen des zivilen Ungehorsams, Mietenboykott, Wohnungs- und Hausbesetzungen.

**Gemeinsam für gute und billige Wohnungen für Alle statt hoher Profite für Immobilienbesitzer\_innen!**